

Interfraktionelle Kleine Anfrage SVP, SP/JUSO (Alexander Feuz/Ulrich Jaisli, SVP/Timur Akçasayar, SP/Michael Burkard, GFL/Simone Machado, GaP): BLS Werkstätte Riedbach-Chliforst Nord: Wird der Gemeinderat Rechtsmittel gegen die Plangenehmigung einreichen? Existiert schon ein Beschluss?

Der Stadtrat erklärte in seiner Sitzung vom 2.11.2017 mit 33 Ja zu 22 Nein die Motion Ladina Kirchen/Timur Akçasayar/Barbara Nyffeler/Yasemin Cevik (SP)/Franziska Grossenbacher (GB)/Luzius Theiler (GPBDA)/Christa Ammann (AL)/Matthias Stürmer (EVP)/Alexander Feuz/Ueli Jaisli (SVP): Nein zum BLS-Standort Chliforst (2017.SR.000179) als Richtlinienmotion als erheblich. Darin wurde der Gemeinderat u.a. aufgefordert, sich beim Kanton als Mehrheitsaktionär wie auch bei der BLS für die Zusammenarbeit mit den SBB und damit für den Verzicht des Baus der geplanten Werkstätte beim Standort Chliforst einzusetzen und mit den umliegenden, durch das Bauvorhaben der geplanten BLS-Werkstätte im Chliforst betroffenen Gemeinden (Mühlenberg, Frauenkappelen, usw.) Kontakt aufzunehmen und eine gemeinsame Strategie gegen den Standort Chliforst aufzubauen.

In seinem Begründungsbericht vom 19.10.2019 hielt der Gemeinderat dazu ausdrücklich fest: «Wie bereits im Schreiben vom 8. Mai 2019 an den Bund und den Kanton ausgeführt, behält sich die Stadt Bern ungeachtet dieser Begleitarbeiten vor, von den Rechtsmittelmöglichkeiten im Plangenehmigungsverfahren Gebrauch zu machen. Der Gemeinderat spricht sich sowohl betreffend die Erarbeitung der Anforderungen an das Werkstattprojekt als auch betreffend die Vorbereitung möglicher rechtlicher Schritte weiterhin mit der Regionalkonferenz Bern-Mittelland ab. Im Hinblick auf ein mögliches Einspracheverfahren wird sich der Gemeinderat selbstverständlich auch mit den Gemeinden Frauenkappelen, Neuenegg und Mühleberg absprechen.»

Dem Vernehmen nach, erklärte ein Mitglied des Gemeinderates unlängst gegenüber den Vertretern der BLS, dass die Stadt gegen die Plangenehmigung ein Rechtsmittel einlegen werde. Demnach hätte der Gemeinderat in seiner jetzigen Zusammensetzung bereits den entsprechenden Beschluss gefällt. Angesichts der Planung und der überwiesenen Motion muss der Gemeinderat hier effektiv auch aktiv werden und entsprechend handeln und die Weichen für die Vorbereitung der Einsprache stellen. Die Planung ist bekannt und einige neu gepflanzte Sträucher und Bäume ändern nichts an der verfehlten Planung.

In diesem Zusammenhang ersuchen wir den Gemeinderat höflich um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie gedenkt der Gemeinderat die Motion umzusetzen und hat der Gemeinderat bereits beschlossen, im Hinblick auf die bald zu erwartende Plangenehmigung, ein Rechtsmittel einzureichen?
2. Wenn ja, wann wurde entschieden und wird ein Mandat an ein externes Advokaturbüro vergeben? Inwieweit gilt dieser Entscheid zeitlich und sind Bedingungen daran verknüpft?
3. Wenn nein, warum noch nicht? Erachtet der Gemeinderat die vorliegende Planung mit einigen zusätzlichen Bäumen und Sträuchern nun plötzlich als sachgerecht an und will er diese akzeptieren, dies trotz den Bestimmungen des Raumplanungsgesetzes (RPG) und der überwiesenen Motion die ihn beauftragt, die Werkstätte an diesem Standort zu bekämpfen? Wenn ja, warum?

Erfolgen noch Absprachen mit den Gemeinden Frauenkappelen, Neuenegg und Mühleberg und der Regionalkonferenz Bern-Mittelland? Wenn ja, wie? Wann? Falls nein, warum (noch) nicht?

Erstunterzeichnende: Alexander Feuz, Michael Burkard, Simone Machado Rebmann, Timur Akçasayar

Mitunterzeichnende: Elisabeth Arnold, Mohamed Abdirahim, Daniel Michel, Katharina Gallizzi, Niklaus Mürner, Janosch Weyermann, Ueli Jaisli, Thomas Glauser